

eine wichtige Rolle an Soldaten, das das „Kompromiss“ löste. So sprach viele dafür, doch die sich verständigen, nachgeben würden. Durch solche geschäftsmäßige Verhandlungen, wie wir sie vor einem Jahre von derselben Seite erlebt haben, wird die nationalliberale Fraktion ihres Nachwuchses abschaffen — gutta carav lapidum —, und von Stein wird ja der Herr Reichsminister nicht sein! Ob die Bevölkerung stimmen wird? Genau; erneut ist die Lage der Dinge! Sie kann in ihnen Consequenzen leicht dazu führen, dass der Majestät der Kaiser und die mit ihm verbündeten Fürsten den Reichsminister ähnliche Fragen vorlegen müssen, wie der hochselige Kaiser Wilhelm am 18. September 1862 dem Herrn von Bismarck: „Der Vergang, auf den die „Kreuzfahrt“ anspielte, war bloss folgender: Der König war entflohen, schwanden, wenn Bismarck den Ministerposten aufsuchte. Bismarck aber legte sofort zu: „Ja, werden Sie denn auch gegen die Majestät des Landes? Wer kommt ersten und führen?“ fragte der König. „Ja,“ erwiderte Bismarck. „Und auch ohne Budget?“ „Ja, Wiedere.“ (D. Ad. des P. T.)

— Berlin, 21. März. (Telegramm.) Lieber das Beste für den Fürsten! Bismarck wird aus Friedenssicht gestellt, dass die vor Jahren aufgetretenen neuvaldorffischen Schweren sich jetzt nach längeren Räume wieder beweisen wollen. Abgesehen davon, dass sich der Kurfürst einige Schenkung wünschen mag, geht der Aufstand zwischen Bismarck und einer anderen nicht politisch-politischen Fragen in einer der Verhandlungen keine Bedeutung. Wenn Kurfürst Bismarck in diesem Jahre sich wiederum zu einer Badekurie entschließen sollte, so würde weiterer Rütteln gewollt werden.

— Berlin, 21. März. (Telegramm.) Der commandierende General des Gardekorps, General der Infanterie von Meier-Schmidt-Hülsseim, empfing heute Vermittlung zunächst zahlreiche militärische Deputationen, die ihn zu seinem 50-jährigen Dienstjubiläum besuchten. Um 12 Uhr traf der Kaiser in der großen grünen Generalsuniform mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens in der Wohnung des Jubilars ein und sprach, umgeben von künftlichen Generälen des Gardekorps, jenen in Krieg und Frieden treu bewährten General, der für König und Vaterland, der Preussische Größe und Deutschlands Einheit ehrlich, mutig und mitgestämpft, die berühmtesten und innigsten Glückwünsche für seine Person und für das gesammelte Gardekorps aus. Gleichzeitig überreichte ihm der Kaiser eine Urkunde zu einer Wertschätzungsstiftung für wohltätige Zwecke.

— In einem „Rath der Kommissionserörterung“ teilnahmen Artikel schreibt die „National-Zeitung“:

Sonst die Regierung, als die anderen Parteien wünschen auf den Kommissionserörterungen, die welche Beschlüsse sie auf die Nationalliberalen mit Bekämpfung reden wollen; wobei die Regierung, nach die anderen Parteien sind auf diese Vorhabe eingegangen; die Neugabe der ehemaligen Polizei reicht, was über im Kursus, welches es um eine Beschilderung zu thun ist, was es um eine andere Strafbürg für eine solche zu haben. Der von Bismarck durch seinen Antrag die Kürte bestimmt, dass weiter nach der Richtlinie des nationalliberalen Rechts, die gegenwärtige Rechtsprechung bei bestimmt, welche die Rechtsprechung hier stehen würde. Die parlamentarische Gesetzgebungsbehörde reicht die Verpflichtung einer der Abgeordneten, die sie in der Abgeordnetenversammlung nicht weiter; gegen zu den bisherigen Behandlungen waren die National-Liberale mit ihrer berüchtigten Schwäche im Reichstag nicht verpflichtet, was über hinaus sie sich durch diesen durch ihre nationalpolitischen Traditionen. Auch unsere Aufsicht haben wir jetzt eine wichtige Aufgabe, also einen weiter für Anträge einzulegen, deren Begegnung sich erneut hat. Es haben nach unserer Meinung zunächst in dem jetzigen Reichstag eben von anderer Seite kommenden Vorhabe zu untersuchen, der die unbedingt notwendige Verordnungsfähigkeit nicht bis zum Schein ansetzt, sondern wirklich sicher, aber dabei dennoch überzeugend die Begegnung möglichst, welche die Abgeordneten sich verneinen. Sie haben zu verstehen, dass der Abgeordnete dieser parlamentarischen Kämpe, die Sicherstellung Deutschlands gegen jeden Angriff, nicht in den Hintergrund gedrängt wurde durch den Sturz der zentralistischen Regierung, der sich — mit dem Schein ansetzt — nur zu leicht durchsetzen kann. Und ebenso ist es zur Aufklärung, wo sie in allen öffentlichen Räumen eines Wahlkreisbüros präsentieren: da, wo die Sicherheit Deutschlands und die Festigung des Nationalstaates verlangt wird. Sie würden auch die Abgeordneten und in einem neuen Reichstag auf das feststehende Amtell über die Angelegenheiten der Sicherstellung, das sie in den bisherigen Behandlungen benötigt, nicht verzögern; aber der Sturz um diese Angelegenheiten kann für die national-liberalen Partei niemals zur Hauptaufgabe werden, er kann nur niemals die ersten Schritte umsetzen machen, um deren Abschaffung es sich handelt. Daraus hat Herr v. Bismarck schon in der Commission erkannt, er geht trotz des Scheiters seiner Anträge die Hoffnung auf höchste Sicherstellung nicht auf. Ob er in dem gegenwärtigen Reichstag, ob er mit dem jetzigen Regierung zu erreichen ist, das ist zur Zeit in Zweifel geblieben.

— Für die Aufrechterhaltung der Wahlgesetzmäßigkeit nach dem unter Wahrung der Nationalliberalen, Freikonservativen und Deutschnationalen mit einer äußerst schwachen Majorität durchgeführten Verhältnissen des Abgeordnetenhauses tritt eine offizielle Auskunft der „Selbstpol. Rad.“ ein; sie hält noch tendenziöse Darstellung des Vergangs im Abgeordnetenhaus:

Die Entfernung liegt jetzt beim Herrenkampf. Man darf annehmen, dass diese hohe Repräsentanz in der Regierung wird leiser lassen, doch Abänderungen der Beziehungen des Abgeordnetenhauses, von denen mindestens zweistellig ist, ob es im umfangreichen Bereich haben kann, um zu leicht das Fazit zu kommen nicht bis der Wahlkreis, sondern auch der Wahlkreis reform gefordert hätte, dann es sich sicher empfiehlt wird, auf so viele Abstimmungen in Wahlkreis zu nehmen, als dafür eine starke Reaktion im Abgeordnetenhaus wäre.“

— Auf der höchsten amerikanischen Gesandtschaft wird, der „Stern“ folgt, dass Eintreffen eines Capitäns der Armee der Vereinigten Staaten, Mr. Rodger, eingezogen gesehen, der von seiner Regierung beauftragt ist, eine Anzahl vermögender Oligarchen in Empfang zu nehmen, die Kaiser Wilhelm aus seinem Privatbesitz für die Ausstellung in Chicago herzuholen sich entschlossen hat, um damit auch seiner liebhabten Theilnahme für das Gelüng der Ausstellung und seinen Sympathien für die Vereinigten Staaten Ausdruck zu geben.

\* Posen, 20. März. Über das Verhalten des Abgeordneten v. Rommelius in der Militaircommission schreibt heute das polnische Blatt „Ondownost“, dass das Ausstreiten desselben den Endpunkt mache, ob wenn nicht eine politische Bevölkerung von drei bis vier, sondern weniger als zwei Millionen hinter ihm stände, und zwar eine Bevölkerung, die sich für die Macht der deutschen Arme lebhaft interessiere. Es sei auch nicht der geringste politische Grund dafür vorhanden, dass die polnischen Vertreter im Reichstage ein besonderes Interesse für jede neue Reformation, für jedes neue Bajonetts an den Tag legen. — Schon jetzt dringen die Oberschulzpräsidenten aus allen Richtungen des Provinz-Schaaren von Sachsen-Anhalt, und mit Eintritt der wärmeren Witterung wird sich ihre Zahl jedenfalls beträchtlich erhöhen. Die Leute gehen meist in ihre früheren Verhüllungen zurück, woran sich vielleicht erkennt, dass diesmal die Agenten weniger bewerben wollen. Verschiedene Einwirkungen, besonders der Gewissheit, scheinen die besseren Elemente zum Bleiben in der Heimat bewegen zu haben; trotzdem wird die Zahl der Sachsen-Anhalt aus diesem Jahr sehr beträchtlich sein. Die Zulassung der einfallsreichen Arbeiter war daher für die ostdeutsche Landwirtschaft unbedingt erforderlich.

\* Kreuzberg, 21. März. (Telegramm.) Bei der Reichstagswahl scheint der Sieg Radangel's gesichert. Dieser vereinigt bis jetzt auf sich 10884 Stimmen gegen 3012 Stimmen für Höfe und 235 für Hirschberg. Die noch ausstehenden kleinen Ortschaften können an dem Resultat nichts ändern.

\* Das Kurtheater, 19. März. Die Allesdorferben des letzten Kurtheaters von Hessen sagten gegen den preußischen

Fiscus auf Erfüllung sequestrierter Reserven. Bekanntlich verfiel das Vermögen des Kurtheaters gleichzeitig mit demjenigen des Königs von Hannover der gesetzlichen Verfolgung. Die Ernahmen, welche der Fiskus in Folge dessen aus dem herzöglischen Privatvermögen bezogen hat, beziffern sich auf ca. 7 Millionen Mark. Die Klage, welche beim Berliner Landgericht anhängig war, wurde durch Erledigung des Kompetenzconflicts benutzt. Die Erben des Kurtheaters haben sich jetzt, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

\* Berlin, 21. März. (Telegramm.) Lieber das Beste für den Fürsten! Bismarck wird aus Friedenssicht gestellt, dass die vor Jahren aufgetretenen neuvaldorffischen Schweren sich jetzt nach längeren Räume wieder beweisen wollen. Abgesehen davon, dass sich der Kurfürst einige Schenkung wünschen mag, geht der Aufstand zwischen Bismarck und einer anderen nicht politisch-politischen Fragen in einer der Verhandlungen keine Bedeutung. Wenn Kurfürst Bismarck in diesem Jahre sich wiederum zu einer Badekurie entschließen sollte, so würde weiterer Rütteln gewollt werden.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

\* Berlin, 21. März. (Telegramm.) Lieber das Beste für den Fürsten! Bismarck wird aus Friedenssicht gestellt, dass die vor Jahren aufgetretenen neuvaldorffischen Schweren sich jetzt nach längeren Räume wieder beweisen wollen. Abgesehen davon, dass sich der Kurfürst einige Schenkung wünschen mag, geht der Aufstand zwischen Bismarck und einer anderen nicht politisch-politischen Fragen in einer der Verhandlungen keine Bedeutung. Wenn Kurfürst Bismarck in diesem Jahre sich wiederum zu einer Badekurie entschließen sollte, so würde weiterer Rütteln gewollt werden.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei, der Verantwortung, die Welt zu zum Reinrude angreichen sei, protestiert wird. Daraus wurde, nachdem mit dem Herzog von Cumberland eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, an den Kaiser gewendet, in der Hoffnung, dass auch ihnen gegenüber zunehmend ein „Anschlag“ genehmigt werden wird. Der Antrag der Erben wird, dem „P. T.“ folge, durch eine Petition von 13 in Hessen wohnenden Abgeordneten an das Gesamtstaatsministerium überstellt.

(Zeile-Bzg.)

\* Posen, 19. März. Der Landtag des Fürstentums Braunschweig. In einer sozialdemokratischen Vollversammlung sprach der Abgeordnete Kautner über „Die wirtschaftliche Lage des Westerwalds“ und „Der Stein und die Sozialdemokratie“. Auf Vorhalt des Reiches nahm die Versammlung eine Resolution ein, in der gegen die Bevölkerung, hinsichtlich von der sozialdemokratischen Partei